

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 20000 Mark für einen Monat ohne die Post; Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend
 Gebühr für Zustellung: Es ist nur Postbezug zulässig; Das einzelne Exemplar kostet 2500 Mark, Porto extra

61. Jahrgang

Leipzig, den 14. September 1923

Nummer 84

An die Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes!

Das Zentralschlichtungsamt hat folgenden Schiedsspruch gefällt: Der Spitzenlohn wird für die Woche vom 8. bis 14. September 1923 auf 110 Millionen Mark festgesetzt. Hiernach ergeben sich für die jetzt ablaufende Lohnwoche vom 8. bis 14. September 1923 folgende Löhne:

Für Gehilfen

Ortszuschlag	Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre)		Lohnklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren)		Lohnklasse A (Gehilfen bis 21 Jahre)		Neuangelegene (im 1. Gehilfenjahre)
	Verheirat.	Ledige	Verheirat.	Ledige	Verheirat.	Ledige	
%	In Tausend Mark						
0	88000	84480	83600	80256	77000	73920	63360
2 1/2	90200	86592	85690	82262	78925	75768	64944
5	92400	88704	87780	84269	80850	77616	66528
7 1/2	94600	90816	89870	86275	82775	79464	68112
10	96800	92928	91960	88282	84700	81312	69696
12 1/2	99000	95040	94050	90288	86625	83160	71280
15	101200	97152	96140	92294	88550	85084	72804
17 1/2	103400	99264	98230	94301	90475	86956	74328
20	105600	101376	100320	96307	92400	88704	75864
22 1/2	107800	103488	102410	98314	94325	90552	77416
25	110000	105600	104500	100320	96250	92400	79200

Die Berechner erhalten für die Zeit ab 8. September 1923 einen Zuschlag von 769 131 Proz. auf den Stücklohn und die Ausgleichssumme (vgl. S 2 Ziffer 1, Anhang A des neuen Tarifs, Beispiel zur Lohnabelle).

Kostgeld für Lehrlinge

Ortszuschlag	Erstes Lehrjahr				Zweites Lehrjahr				Drittes Lehrjahr				Viertes Lehrjahr						
	Erstes	Zweites	Drittes	Viertes	Erstes	Zweites	Drittes	Viertes	Erstes	Zweites	Drittes	Viertes	Erstes	Zweites	Drittes	Viertes			
%	In Tausend Mark																		
0	4400	6200	8800	12400	15	5000	7130	10120	14260	17 1/2	5170	7285	10340	14570	20	5280	7440	10560	14880
2 1/2	4510	6355	9020	12710	17 1/2	5280	7440	10560	14880	22 1/2	5390	7595	10780	15110	25	5500	7750	11000	15500
5	4620	6510	9240	13020	20	5500	7750	11000	15500	25	5610	7905	11200	15840	27 1/2	5720	7960	11400	16180
7 1/2	4730	6665	9460	13330	22 1/2	5720	7960	11400	16180	27 1/2	5830	8115	11600	16520	30	5940	8170	11800	16520
10	4840	6820	9680	13640	25	6040	8320	12000	17000	30	6150	8375	12200	17360	32 1/2	6260	8430	12400	17720
12 1/2	4950	6975	9900	13950	32 1/2	6260	8430	12400	17720	35	6370	8530	12600	18080	37 1/2	6480	8585	12800	18080

Für das besetzte Gebiet des Kreises II und diejenigen angrenzenden Gebiete, die von den Reichs- und Staatsbehörden wie das besetzte Gebiet behandelt werden, wird die Sonderzulage mit 20 Proz. des jeweiligen Tariflohnes beibehalten.

Die Entschädigung für Montagszeitungen (§ 6 Ziffer 6 des Tarifs) beträgt ab 8. September 1923: 11 110 000 M., für Maschinenfeger 11 880 000 M., für Maschinenrevisoren 11 440 000 M. und für Hilfsarbeiter 10 010 000 M.

Diesem Schiedsspruche wurde von der Arbeitnehmerseite zugestimmt, während die Prinzipalsvertretung ihn ablehnte; infolgedessen wurde die Verbindlichkeitsklärung sofort beantragt. Die Lohnreglung für die nächste Woche, vom 15. bis 21. September 1923, erfolgt im Anschluß an die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums durch die Tariftkommission.

Berlin, 12. September 1923.

Die Organisationsvorstände

Der Verbandsbeitrag

Beträgt in der 38. Beitragswoche (16. bis 22. September 1923) für

Vollmitglieder 2 000 000 Mark,

für Gewerkschaftsmitglieder 1 500 000 M., für Inwalddenkassenmitglieder (§ 6a der Satzungen) 500 000 M., für die

Lehrlingsabteilung 30 000 Mark.

Außerdem werden zur Unterstützung der gewaltig gestiegenen Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter bis auf weiteres pro Woche

500 000 Mark Extrabeitrag von allen Vollbeschäftigten

Für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen

a) Männliche Hilfsarbeiter

Ortszuschlag	über 24 Jahre		21 bis 24 Jahre		19 bis 21 Jahre		17 bis 19 Jahre	
	Verh.	Led.	Verh.	Led.	Verh.	Led.	Verh.	Led.
%	In Tausend Mark							
0	79200	76032						
2 1/2	81180	77933	72837	60923	67068	64403	55202	
5	83160	79834	74613	71628	68723	65974	56519	
7 1/2	85140	81734	76390	73334	70359	67544	57895	
10	87120	83635	78166	75039	71995	69115	59242	
12 1/2	89100	85536	79943	76745	73631	70636	60588	
15	91080	87437	81719	78450	75268	72257	61934	
17 1/2	93060	89338	83496	80156	76994	73828	63281	
20	95040	91238	85272	81861	78750	75398	64627	
22 1/2	97020	93139	87049	83567	80176	76969	65974	
25	99000	95040	88825	85272	81813	78540	67320	

b) Anfechterinnen

c) Hilfsarbeiterinnen

Ortszuschlag	über 21 Jahre	19 bis 21 Jahre	17 bis 19 Jahre	über 21 Jahre	19 bis 21 Jahre	17 bis 19 Jahre
	%	In Tausend Mark				
0	54912	52166	48048	48576	46147	42504
2 1/2	56285	53471	49249	49790	47301	43597
5	57658	54775	50450	51005	48455	44629
7 1/2	59030	56079	51652	52219	49608	45932
10	60403	57383	52853	53434	50762	47474
12 1/2	61776	58687	54054	54648	51916	48717
15	63149	59991	55255	55862	53069	49880
17 1/2	64522	61296	56456	57077	54223	49942
20	65894	62600	57658	58291	55377	51005
22 1/2	67267	63904	58859	59506	56530	52067
25	68640	65208	60060	60720	57684	53130
30	79200	75240	69300	71280	67716	62370

erhoben. Als Vollbeschäftigter gilt, wer mehr als 42 Stunden in der Woche arbeitet.

Zu diesen Sätzen kommen für Voll- und Gewerkschaftsmitglieder noch die Gau-, Bezirks- und Ortsbeiträge.

Das Eintrittsgeld beträgt für Neueintretende (§ 3 Abs. 1 der Satzungen) 1 000 000 Mark, für Wiedereintretende (§ 3 Abs. 2 der Satzungen) 2 000 000 Mark.

Für die Unterstiftungen gelten die in Nr. 81 des „Korr.“ veröffentlichten Sätze.

Berlin, den 12. September 1923.

Der Verbandsvorstand

Bezugspreis für den „Korrespondent“ im Oktober 1923

Nach einer Verfügung der Reichspostverwaltung werden vom 1. Oktober an von der Post nur noch Bestellungen für solche Zeitungen ausgenommen, die sich den Bedingungen für die Anwendung von Grundpreisen und Schlüsselzahlen unterwerfen. Der Grundpreis ist vom Herausgeber festzustellen, muß durch 10 teilbar und bis zum 1. des Vormonats der Postanstalt gemeldet sein. Die Schlüsselzahl für die Gruppe, in welche der „Korr.“ fällt, errechnet der Börsenverein der Deutschen Buchhändler monatlich. Sie muß erstmalig bis 15. September dem Reichspostministerium gemeldet sein.

Als Grundpreis haben wir für Oktober den ungefähren Vorkriegspreis des „Korr.“

20 Pfennige

angemeldet. Dieser Preis muß mit der Schlüsselzahl, die wir in der nächsten Nummer veröffentlichen, vervielfacht werden. Daraus ergibt sich dann der Bezugspreis für Oktober.

Infolge der Schwierigkeiten, in welche der Währungsauflösung die Gewerkschaften gebracht hat, kann der Verband die seit einem Jahre eingeführten Rückvergütungen an seine Mitglieder leider nicht mehr gewähren.

Das Erscheinen des „Korr.“ war in den letzten drei Monaten nur unter schweren Opfern der Organisation möglich. Die jetzt von der Post eingeführte Regelung bringt eine nicht unbeträchtliche Erhöhung des Bezugspreises mit sich. Diese war aber notwendig, um die Zuschüsse für den „Korr.“ auf das in der Vorkriegszeit übliche Maß herabzubringen und dadurch Mittel für andre wichtige Aufgaben, insbesondere auch auf dem Unterstützungsgebiete, freizubekommen.

Wir bitten dringend, den in den Zeitverhältnissen begründeten Maßnahmen Verständnis entgegenzubringen und unserm Verbandsorgan die alte Treue zu bewahren.

Berlin, 11. September 1923.

Der Vorstand

Vom 1. Oktober an tritt also eine grundlegende Änderung des „Korrespondent“-Bezuges ein. Reichspost und Börsenverein der Deutschen Buchhändler diktiert nunmehr den Preis. Nach Erscheinen dieser Nummer wird die erste Schlüsselzahl festgesetzt und postamtlich sofort an alle Postämter bekanntgegeben. Der Vorstandsvorstand wird in nächster Nummer ein gleiches tun. Er selbst hat durch Einstellung des Friedenspreises mit nur 20 Pf. das Seinige getan; von dem Börsenverein wird es nun abhängen, ob er mit der Schlüsselzahl für Zeit- und Fachschriften das gleiche Loschlagsverfahren wie bei den Büchern handhaben will. Darüber wird in nächster Nummer erst zu sprechen sein. Der Wegfall der Rückvergütung hätte sich sowie notwendig gemacht. Die Verbandsleitung war damit den Mitgliedern zu weit entgegengekommen, selbstverständlich aus den besten Absichten heraus, wie das beim Verbandsbeiträge ja ebenso gewesen ist. Direkt verständigt hat sich jedoch eine ganze Anzahl von Kassierern durch ihr Sammel- und Weiterleitungssystem; in welchen Bebrängnissen auch der „Korr.“ seit Monaten sich durch die dem Vorstandsvorstande gegenüber geübte Vorenthaltung der Gelder befindet, ist kaum zu sagen. Die Bekanntmachung in der vorigen Nummer möge als letztes Warnungssignal an diejenigen, die es angeht, betrachtet werden. Daß der „Korr.“ aber auch ohne die postamtliche Regelung des Bezugspreises zu einer gewaltigen Preiserhöhung gekommen wäre, möge daran ersehen werden, daß ein Eisenbahnwagen Papier für den „Korr.“ im August 5 Milliarden gekostet hat, am 7. September waren es 24, am 8. aber schon 30 Milliarden Mark. Aber die Druckkosten ein andermal ein Zahlenstreckensbild. Der „Korr.“ hat gegenwärtig knapp 54 000 Auflage. Wir erwarten, daß auch ohne Rückvergütung und bei verschlechtertem Obligatorium oder gar bei Aufhören desselben die Zahl unserer Leser keine Verminderung erfährt. Der „Korr.“ ist auch in seinem durch diese Verhältnisse erzwungenen kleinerem Umfange unentbehrlich für ein jedes wahre Verbandsmitglied. Er kann wieder in alter Weise als geistige Nährquelle für die Organisation fließen, wenn alle Kollegen die monatliche Ausgabe für den „Korr.“ nicht unter den materiellen, sondern in erster Linie unter den ideellen Gesichtspunkt stellen; die Ummünzung in materiellen Vorteil durch den Verband und sein Organ erfolgt dann von selbst.

Zur Situation

Wir realisieren in nachstehenden noch einiges allgemein Interessierendes aus Zuschriften und Versammlungsberichten zur Beleuchtung der gegenwärtigen Situation. Im Oderaau hat sich infolge der von der Kreisleitung des DMB. ergangenen Aufforderung an alle Prinzipale, ihre Betriebe zu schließen, um damit gegen die „hohen Löhne“ anzukämpfen, die Lage recht trostlos gestaltet. Um den Verhältnissen wenigstens etwas zu benehmen, trat die Kreisleitung mit der Prinzipalität in Unterhandlungen ein. Dabei erklärten die Prinzipale, die jetzt festgesetzten Löhne auf keinen Fall zahlen zu können und verlangten eine bedeutend niedrigere Lohnbemessung. Demgegenüber er-

klärte die Kreisleitung, unbedingt am Tariflohn festzuhalten und lediglich in der Zahlungsart ein Entgegenkommen beweisen zu wollen, wenn die Gesamtkündigungen zurückgenommen würden. Nach langen Verhandlungen kam eine Einigung auf folgender Grundlage zustande: „Der Tariflohn bleibt bestehen. Jedoch wird die Auszahlung so gehandhabt, daß eine Hälfte am Freitag, die andre am kommenden Dienstag ausbezahlt wird. Die Gehilfen erhalten dadurch die Hälfte des Lohnes drei Tage später, wie sie ihn verdient haben. Wenn von seiten der Gehilfen dieser Lohnregelung zugestimmt wird, werden überall die Gesamtkündigungen zurückgezogen.“ Mehr war trotz aller Anstrengungen der Gehilfenvertretung nicht zu erreichen. Dieses Abkommen gilt vorläufig nur für Gehilfen und Prinzipale der Provinz Pommern. — Wie wir dem „Mitteilungsblatt des Graphischen Kartells Nürnberg-Fürth“ entnehmen, hat sich in diesen Orten verschiedener Prinzipale die gleiche Kopflosigkeit bemächtigt, wie sie 1914 zu konstataren war. Massenrückmeldungen, Kurzarbeitsansagen und beachtlichste Betriebsstilllegungen sind die sichtbaren Zeichen des gekennzeichneten Zustandes der Prinzipale. Die einen verlangen die Einführung der einwöchigen Kündigungszeit, die andern wollen Sonderlohnabkommen mit ihren Gehilfen abschließen. Die Vorstandschaft Nürnberg ließ selbstverständlich nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen, daß beide Zumutungen von den Gehilfen bestimmt zurückzuweisen sind. In einer Versammlung am 30. August wurde zur gewerblichen Situation Stellung genommen. Aus den Berichten der Betriebsräte und Vertrauensmänner ging hervor, daß die Nürnberger Prinzipale von ihrem „Ruhmesblatt“, zu den rückständigsten Unternehmern zu gehören, nicht lassen wollen. Mehrere Entschlüsse wurden gefaßt, die zum Teil auch dem Verbandsvorstand zugeleitet wurden. — Aus Bernburg erfahren wir, daß alle Kündigungen zurückgezogen worden sind, dafür ist Kurzarbeit in großem Maßstabe eingeführt. — In Naumburg wurde von der Firma Dippert & Co., wo weiter verkürzt gearbeitet wird, etwa 50 Gehilfen gekündigt. In einem Teil der von Verlegerseite zurückgezogenen Werke kann während der Kündigungszeit weiter gearbeitet werden. Bei der Firma Seling sind etliche Entlassungen erfolgt; die Möglichkeit des Fortsetzens wird noch erwogen. Die Firma Riek läßt verkürzt arbeiten. Gottfried Päß (M. Geers) hat den Betrieb kurzerhand geschlossen, möge die Gehilfen den Klageweg beschreiten werden. — In Augsburg besaß sich eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung am 25. August mit der kritischen gewerblichen Lage. Bezüglich der Auszahlung des tariflichen Lohnes wurden von der dortigen Prinzipalität große Schwierigkeiten verursacht. Der Lohn gelangte in teilweise sehr geringen Raten zur Auszahlung, wodurch die Gehilfenschaft wirtschaftlich sehr geschädigt wurde. In einer einstimmig gefaßten Entschliessung, die dem Verein Augsburger Buchdruckerbesitzer übermittelt wurde, stellte die Gehilfenschaft bestimmte Forderungen hinsichtlich einer Regelung der Lohnzahlung und des weiteren eine endgültige Klärung der Differenzpunkte betreffs Kündigungsfrist, Ansage von Kurzarbeit und eventueller Stilllegung von Betrieben. — In Konstanz wurden die erfolgten Massenrückmeldungen überall zurückgenommen, dafür traten Einzelentlassungen ein. Eine Druckerzeitung mußte wegen Mangel an Kapital ihren Betrieb bis auf weiteres einstellen. Kurzarbeit wurde auch in den Zeitungsbetrieben angefangen. — Weil es die Gehilfen ablehnten, zu Lohnsätzen zu arbeiten, die „auf einer den süddeutschen Verhältnissen entsprechenden Grundlage“ festgesetzt werden sollten, kam es in Ravensburg zum offenen Konflikt. Von den oberschwäbischen Zeitungsverlegern wurde daraufhin ein Rundschreiben an die Prinzipale versandt, worin diese um Erlaß für die ausgetretenen Gehilfen, namentlich Maschinensetzer, angesprochen wurden, die einen „auskömmlichen Lohn auf mittlerer Grundlage“ erhalten sollten. Dieser Ruch dürfte natürlich völlig umsonst geblieben sein. — In Stuttgart nahm die Gehilfenschaft in zwei Funktionärversammlungen am 22. und 28. August Stellung zu der durch das planmäßige Vorgehen der Prinzipale geschaffenen Lage. Die Notizen in der hiesigen Presse über die „unerhörten Buchdruckerlöhne“ wurden als irreführend und gemerkschaftsgefährdend bezeichnet und ein Einschreiben dagegen verlangt. Auch wurde ausgesprochen, daß die von den Verlegern und sonstigen Auftraggebern des Buchdruckerwesens geübte Zurückhaltung von den Prinzipalen nicht ungenutzt gesehen werde. Mit einem scheinbaren Grund von Berechtigung hätten sie so zu dem beliebigen Mittel der Betriebseinschränkung bzw. -stilllegung hingearbeitet, um nicht nur den Tariflohn zu drücken, sondern auch die vom Reichstag beschlossenen Steuern zu sabotieren. Von seiten des Vorstandes wurde empfohlen, die Arbeitszeit vorübergehend auf weniger als 24 Stunden wöchentlich festzusetzen, um Entlassungen größeren Umfanges zu verhüten. Es wurde dann auch hierüber in einzelnen Betrieben die Arbeitszeit entsprechend herabgesetzt, worunter auch der größte Betrieb, die Union, sich befindet. Im übrigen ist Kurzarbeit in den meisten Betrieben angefangen und durchgeführt worden. Zur Unterstützung der ausgesperrten Kollegen im Oberland wurde trotz alledem durch freiwillige Sammlung ein ganz bedeutender Betrag aufgebracht. Ein glänzender Beweis von Solidarität.

Das „Faktorengehalt“ für — August

Just einen Tag nach dem Leipziger Kindermummenschanz, „Faktorengericht“ genannt, wurde ein andres Ereignis bekannt, war nicht von Kindern verursacht, darum aber doppelt lächerlich. Am 11. September erblickten die Faktorengehälter für August das Licht

der Welt! Über die Höhe (in Leipzig 135 500 000 M. für B-Faktoren, etwa 10 000 000 M. weniger als die Buchbinderwerkmeister) will ich mit den von „sozialer Einsicht“ überprüfenden Prinzipalen nicht streiten.

Ich begnüge mich mit dieser ziffernmäßigen Feststellung und bemerke nur den Mut, diese vollständig entwertete Gehaltsziffer bei einem Dollarstand von 50 bis 66 Millionen noch zu veröffentlichen. Aber das „gute Herz“ der Leipziger Druckereibesitzer zeigt sich erst in seiner ganzen Aufmerksamkeit durch die Empfehlung: „den Faktoren am 11. September ein Drittel und am 20. September zwei Drittel des Augustgehalts zu zahlen“. In diesem Sinne liegt die ganze soziale Schamlosigkeit der Leipziger Prinzipale offen zutage. Muß denn dieser seit einigen Monaten erprobte Mummenschanz immer wieder neu in Szene gesetzt werden? Zu bedauern ist der Vorsitzende dieser Vereinigung, der seinen Namen unter ein derartiges Rundschreiben setzt oder setzen muß.

Begründung: Vom 1. bis 7. September betrug das Minimum 57 000 000 M., am 11. September wurden als Zwischenzahlung für die Gehältern 15- bis 20 000 000 M. gezahlt, also in zwei Etappen etwa 75 Millionen. Der B-Faktor aber soll am 11. September mit 45 000 000 M. abgepfist werden. Am 20. September soll derselbe Faktor 90 000 000 M. erhalten. Während das Minimum in diesen drei Wochen nach dem heutigen Stande mindestens 175 000 000 M. beträgt, muß sich der Faktor mit 135 000 000 M. begnügen. Recht so, ihr Herren Prinzipale! So und nicht anders steigert man das Geschäftsinteresse und die Arbeitsfruchtbarkeit der Faktoren!

Den gesamten Faktoren Deutschlands aber rufe ich zu: Besinnt euch, ehe es zu spät ist! Schreit es in alle Öffentlichkeit hinaus, wem die exorbitanten Druckkosten in die Taschen fließen!

Leipzig.

—?

Zum Ausgange des Buchdruckerstreiks in Berlin

Das Lohnabkommen vom 11. August 1923 ist nicht, wie es im „Korr.“ Nr. 75 unter „Erweiterter Indexlohn“ zu lesen war, von der Organisationsleitung auf dem Verhandlungswege erreicht worden, sondern lediglich durch den Druck des Berliner Streiks, gegen den sich die Organisationsvertreter mit allen Mitteln der Überredung gestemmt hatten, und durch Verhandlungen der freigewählten Streikleitung mit dem Reichsarbeitsminister und den Unternehmern. Wir betonen dies nicht, um die Verdienste der Streikleitung hervorzuheben oder um einzelnen Personen hier ein besonderes Lob zu spenden, auch nicht, um die Verbandsleitung, die am zweiten Tage an den Verhandlungen teilgenommen und das von der Streikleitung für Berlin unterfertigte neue Abkommen für das ganze Reich vertraglich zu sichern wußte, irgendwie herabzusetzen. Wir legen nur darum Wert auf diese Feststellung der Tatsachen, weil wir die organisations- und tarifgeschichtliche Bedeutung dieses Vorganges erkannt haben und ihn darum in möglichster Treue festhalten wünschen. Dieses verschämte Verschweigen der wirtschaftlichen Vorgänge im „Korr.“ kann doch unmöglich der Anschauung entspringen, daß die Mitgliedschaften durch den Ausgang der Berliner Bewegung irgendwie veranlaßt werden könnten, den Streik als ein Alibi-Mittel für alle Schmerzen und bei allen Gelegenheiten zu betrachten.*

Unsre Lohnabkommen waren einfach nicht mehr haltbar. In den letzten Wochen waren die Funktionäre zu dieser Erkenntnis gekommen nicht nur aus ihrer persönlichen Lage heraus, sondern in besonderer Maße durch die Stimmung, die sich in den Belegschaften breit machte, die ihren Ausdruck in angedrohten wie durchgeführten Beitragsperren gegenüber dem Verband fanden. Wollte man nicht dem Zerfall der Organisation tatenlos zusehen und damit einer Anarchie auf dem Gebiete der Lohngestaltung durch betriebsweises Vorgehen Vorschub leisten, dann mußte etwas Nachhaltiges geschehen.

Schon in der Woche vom 29. Juli zum 4. August setzte eine Bewegung ein, die vom Gruppenrat der graphischen Betriebsräte auf Drängen weiter Mitgliederkreise eingeleitet wurde, sich schließlich auf

einem zweistündigen Demonstrationsstreik der Banknotendruckereien verdichtete und die in der gleichen Woche stattfindenden Lohnverhandlungen nicht ungünstig beeinflusste.

Die Mehrheit der Funktionäre glaubte jedoch dem bei Abschluß dieser Verhandlungen vorliegenden Ergebnis: Steigerung des Lohnes der laufenden Woche um 400 000 auf 1 458 000 M. und Festsetzung des Spitzenlohnes für die Woche vom 4. bis 10. August auf 2 400 000 M., die Zustimmung nicht versagen zu können. Bei den von Tag zu Tag sich verschärfenden Verhältnissen auf dem Preisgebiete konnte dieses Abkommen schon am zweiten Tage danach ebenfalls als unbaltbar bezeichnet werden, und in einheitlichem Ausdruck des Willens und in seltener Übereinstimmung brach sich die Bewegung, aus den Betrieben kommend, erneut Bahn und zwang die Betriebsfunktionäre zum Handeln.

Inzwischen hatte der Verbandsvorstand unabhängig davon mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein über die gleichen Fragen verhandelt. In der von den örtlichen Vorständen der Buchdrucker und Hilfsarbeiter einberufenen Funktionärerversammlung lag das Ergebnis dieser Verhandlungen mit einer Erhöhung des Spitzenlohnes um 800 000 auf 3 200 000 M. vor. Die Unzulänglichkeit dieser Regelung erkennend, stellte die Funktionärerversammlung demgegenüber eine Forderung von 150 Proz. für die laufende Woche und für die Folge von 20 Goldmark auf. Für den Fall der Ablehnung dieser Forderung wurde der Streik für Freitag, den 10. August, in Aussicht gestellt. Die in dieser Versammlung gewählte Streikleitung bemühte sich am Donnerstag durch Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister und den Unternehmern, durch Fühlungnahme mit den Arbeiterfraktionen des Reichstages und dem ADGB, den Ausbruch des Streiks zu vermeiden. Es war jedem Einsichtigen klar, daß eine Stilllegung der Zeitungs- und der Banknotenpresse in den Tagen politischer Hochspannung und ausgeprägter Zahlungsmittelnot mit einschneidenden Wirkungen auf die Volkswirtschaft verbunden sein müsse. Alles blieb ergebnislos. Der ADGB. fühlte nur die Verpflichtung in sich, von einer Stilllegung der Reichsdruckerei abzuraten, da er den Betrieb den Behörden gegenüber als lebensnotwendig anerkannt habe und daher ein Streik erst erfolgen dürfe, wenn auch von Seiten des ADGB, alles versucht sei, um berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen.

Gegenüber den Ansichten der Streikleitung, daß die Lebensnotwendigkeit eines Betriebes stehe, daß der ADGB. Zeit und Gelegenheit genug gehabt habe, um seinen Einfluß geltend zu machen für eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft, daß in dieser Beziehung nichts geschehen sei und im übrigen nach Ansicht der Streikleitung alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft seien, stand die Meinung des ADGB. Es wurde von dieser Seite betont, daß der ADGB. noch keinen Anlaß zum Eingreifen gehabt habe, da bisher noch kein gültiger Streikbeschluss vorgelegen habe; ein Standpunkt, der höchst eigenartig anmutete, und der wohl seine formal-rechtliche Begründung in den Richtlinien des ADGB. findet, aber den wirtschaftlichen Verhältnissen und der politischen Lage wie der verzweifeltsten Stimmung der Arbeiterschaft keinerlei Rechnung trägt. Das Anjinnen des ADGB., die Reichsdruckerei vom Streik auszunehmen, wurde abgelehnt. Der Bericht über die Funktionärerversammlung vom 11. August gibt näheren Aufschluß über den weiteren Verlauf der Dinge. Es soll darum mit diesen Zeilen insbesondere auf zwei Fragen eingegangen werden, die in der Kollegenchaft eine geteilte Aufnahme gefunden haben.

Im Laufe der Verhandlungen am Freitag hat die Streikleitung die Wiederaufnahme der Arbeit in der Reichsdruckerei angeordnet. Diese tatsächliche Maßnahme rief in der Kollegenchaft großen Unwillen hervor, da man in derselben den Ausdruck einer Schwächeanwandlung der Streikleitung erblickte. Und doch fühlten wir uns niemals kräftiger als in dem Moment, da wir, auf Grund unsrer Einsicht in die Gesamtlage, der Reichsdruckerei die Wiederaufnahme der Arbeit empfehlen konnten. Wir haben die vollkommene Sicherheit dafür erlangt, daß unsere Forderungen auch entsprochen würde und glaubten daher, im Gegensatz zu den privaten Banknotendruckereien, der Reichsdruckerei die Wiederaufnahme der Arbeit gestatten zu müssen. Der Ausgang der Verhandlungen hat uns recht gegeben.

Weiter wurde mit Mißfallen aufgenommen, daß die Streikleitung von der ursprünglichen Forderung auf 20 Goldmark abgegangen und einen Indexlohn gebracht habe. Die Gründe für diese Schwächung sind darin zu suchen, daß die Vorgänge an den in- und ausländischen Börsen gerade in der Streikwoche uns den Beweis erbrachten, daß ein Aufbau des Lohnes auf der Goldmarkbasis zur Zeit noch nicht durchführbar, für die Arbeiterschaft sicher nicht zum Vorteil sei. In einer Zeit, wo der Dollar plötzlich in die Höhe schnellte, um dann in starkem Maße wieder zurückzugehen, stiegen die Preise dauernd und sprunghaft ohne Rücksicht auf das Fallen des Dollars. Eine Festschreibung, die wir ja schon des öfteren zu beobachten Gelegenheit hatten. Daraus gewannen wir die Überzeugung, daß der Dollarstand, nach dem ja zur Zeit der Wert der Goldmark berechnet wird, keine geeignete Grundlage für die Wertbeständigkeit des Lohnes abgebe. Für uns als Konsumenten sind die Papiermarkpreise, die wir für Lebensmittel und Bedarfsartikel zahlen müssen, das Ausschlaggebende, darum müssen wir unsre Lohnhöhe auch nach diesen Lebenshaltungskosten berechnen. Da diese Lebenshaltungskosten in ihren Schwankungen einen annähernd treffenden Ausdruck in dem zur Zeit geltenden verbesserten Reichsindex finden, nahmen wir auch diesen Reichsindex als Maßstabs für die Bemessung unsres Vergehens. Am auch den vorausliegenden Steigerungen der Lebenshaltungskosten in den kommenden Wochen gerecht werden zu können und so auch einer nur vorübergehenden Entwertung der Masse

* Der Artikelschreiber bekennt sich selbst die Richtigkeit unsrer Darlegungen in Nr. 75, soweit die Allgemeinheit in Frage kommt; nur für diese Hälften wir uns verpflichtet, zu schreiben, zumal wir über die Berliner Vorgänge erst nachträglich unterrichtet wurden. Dann aber ist an der Darstellung des Kollegen Erdband irreführend, daß der Verbandsvorstand „am zweiten Tage“ und nur zur Übertragung des Berliner Abkommens auf das Reich an den Verhandlungen teilgenommen habe. In den Besprechungen mit Parteiführern am Tage vor dem Ausbruch des Streiks war er allerdings unbeteiligt. Zu den eigentlichen Verhandlungen über die Streikforderung, welche am ersten Streiktag morgens in den Direktionsräumen der Reichsdruckerei begannen und ebenfalls im Reichsarbeitsministerium beendet wurden, waren vom Arbeitsminister sowohl die Verbands- als die Gewerkschaften als auch eine Vertretung des ADGB. geladen. Wie weit ihre sehr aktive Mitwirkung bei den Verhandlungen des ADGB. hinsichtlich der Ausgestaltung der Indexbestimmung, die an sich ja schon ein Ergebnis der vorangegangenen Tarifverhandlung war, ins Gewicht fiel, darüber wird nach unsern Informationen am besten die Verhandlungskommission der Streikleitung Auskunft geben können. Der Artikelschreiber geht zu dieser Kommission. Bekannt ist, daß ein Teil der Streikleitung noch bis zum Schluß den besonders von den Verbandsleitungen gegenüber der vereinigten Goldmarkforderung vertretenen Indexlohn bekämpfte. Im übrigen aber meinen wir, daß der Berliner Kapitalstreik, von uns genügend registriert, durch einen für ausführlichen Bericht über eine Funktionärerversammlung in Nr. 77 noch eingehender besprochen, dieser Darstellung nicht mehr bedürftig hätte. Der „Korr.“ kann einwenden, daß die Ausnahme nicht nach demselben Umfang haben, wir haben dringend ersucht, mehrere Male aufzufordern, darauf Rücksicht zu nehmen; da eben alle beachtet sein wollen auf sehr beschränktem Raum, konnte auf diesen Artikel recht wohl verzichtet werden.

nach Möglichkeit zu beagieren, wurde dem einfachen Reichsindex ein Ausgleichsindex hinzugefügt in der Höhe von 30 bis 40 Proz. der Indexsteigerung.

Dieser Versuch — denn um einen solchen kann es sich hier nur handeln — der Entwertung unseres Lohnes Einhalt zu tun, sollte sich über drei Wochen erstrecken. Der Beweis, daß wir damit besser fahren als mit der Goldmarkberechnung, ist unseres Erachtens schon in der zweiten Woche erbracht nicht nur durch die zahlenmäßige Auswirkung und im Vergleich mit dem Stande der Goldmark, sondern auch durch das nachträgliche Angebot der Unternehmer, die Goldmarkrechnung für unsere Lohngestaltung zu übernehmen.

Der Streik ist nach zweitägiger Dauer beendet worden. Es war sowohl für die Buchdrucker wie für die Arbeiterklasse gut, daß wir ihn nicht in die Generalstreiktage hineinziehen brauchten. Die Führung wäre dann den gewerkschaftlich orientierten Streikleitern entfallen, Ausdehnung und Einwirkung auf die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes und die Gestaltung der politischen Verhältnisse wären ebenso wenig zu übersehen gewesen, wie die Sicherung der gewerkschaftlichen Forderungen.

Der Streik ist vorüber, die Bewegung noch nicht. Die Unternehmer holen zu einem Gegenschlag aus, um von diesem Abkommen loszukommen. Wenn die deutschen Buchdrucker mit derselben Disziplin den Anordnungen der Organisationsleitungen folgen, mit der die Berliner Buchdrucker und Hilfsarbeiter ihrer Streikleitung folgten, wird auch die Abwehr der jetzigen, von Herrschsucht diktierten Maßnahmen gelingen. Nicht nur das Buchdruckergewerbe, die gesamte deutsche Industrie hat sich umzustellen, um endlich ihren Arbeitern das zu sichern, was ihnen gebührt: Für ehrliche Arbeit ehrlichen Lohn!

Berlin.

G. Dörband.

Das Dilemma

Die volkswirtschaftlichen Verhältnisse haben sich derartig zuspitzt, daß sie für viele zu einem Dilemma geworden sind; zu einem Zustand, der besondere, kaum zu lösende Schwierigkeiten enthält. Während die „Gelehrtenwelt“ nach Formeln sucht, um mittels dieser zu einem Resultat zu kommen, handelt die Menge höchst selbsttätig, d. h. verwendet sie die in ihr vorhandenen Kräfte zur Beseitigung entstandener Schwierigkeiten. Bei diesem Prozeß entwickeln sich Faktoren, die wir als Befreiungs- und Hemmungsfaktoren bezeichnen können. Da bei derartigem Prozeß nicht alles reibungslos vorstatten geht, entstehen neue Spannungen. In solch einer Zeit neuer Spannungen leben wir heute. Keine Regenerationsneigung auf breiter parlamentarischer Basis vermag sie zu inhibieren...

Mit größtem Interesse habe ich die Lohnverhandlungen in unserm Gewerbe verfolgt; sie sind mir geradezu in Fleisch und Blut übergegangen, ohne aber die Eigenschaft zu besitzen, daß sie mich jemals befriedigt haben. Im Spiegel der Vergangenheit verflachen die Bilder meist zu ihrem Vorteile. So spricht man heute viel von der einstigen sozialfortschrittlichen Stellung unserer Unternehmer. In Wirklichkeit war es nur die Ausnutzung einer Zeitströmung, die der „Eigenart des Gewerbes“ zugute kam. Die Tarifvertragspolitik mit ihrem Haftpflichtvertragscharakter als Ausgangspunkt war der Pol aller am ungestörten Verlauf des Wirtschaftslebens Interessierten. Sie erlitt einen jähen Sturz durch den langen Krieg. Geradezu erschreckend unfähig erwies sie sich in der Zeit stärkster Belastungsprobe. Ihre Einrichtungen verfielen gänzlich. Alle von ihnen ausgehenden Handlungen (so sehr anpassungsfähig sie auch erschienen) gipfelten nur in einer gewissen Hoffnung auf bessere Zeitverhältnisse. Man sprach viel vom gemeinsamen Willen. Das Nächstliegende aber, für alle im Gewerbe Schaffenden eine auskömmliche Existenz zu sichern, ging im Schwall der Gefühlsmomente verloren...

Sonderbarerweise möchte man heute die Dinge auf das alte Tarifvertragsverhältnis zurückschrauben. Man will durchaus nicht begreifen, daß wir in Zeiterhältnissen leben, die eine total veränderte Einstellung in bezug zum gesellschaftlichen Gemeinschaftsgedanken erfordern. Dieser Gedanke, besonders getragen von den Schaffenden, will sich durchsetzen gegenüber dem Eigennutz. Aber in den Reihen der danach Strebenden herrscht Streit über die Methoden, die am geeignetsten sind, das allen gemeinsame Ziel zu erreichen. Da das Gesellschaftsleben durch zwei Größen gebildet wird — Wirtschaft und Politik —, entsteht ein gewisses Auseinandergehen, statt Zusammenführen der Meinungen. Demgegenüber muß immer wieder darauf aufmerksam gemacht werden, daß der Schlüssel des Gemeinschaftsgedankens das Wirtschaftsleben ist. Sein Artcharakter bildet erst den Grundstein des politischen Lebens.

Das wäre aus dieser Bestimmung abzuleiten? Es wäre mit allen Kräften dahin zu wirken, daß wir den Schlüssel des Gemeinschaftsgedankens in unsere Hände bekommen. Was heißt das? Das heißt, daß wir Grund und Boden, Fabriken usw. zum Gemeineigentum machen. Können wir das mit „gesetzlichen“, tarifvertraglichen, parlamentarischen Mitteln erreichen? Können wir es erreichen auf dem Boden der politischen Demokratie? Mühten wir, wenn die Möglichkeit vorläge, nicht bereits einen fühlbaren Fortschritt zu verzeichnen haben? Was wir bis heute am eisten Leibe verspüren, ist die Verankerung des seitberigen Wirtschaftslebens, das sich dahin auswirkt, daß der Werteschaffende den größten Entbehrungen ausgesetzt ist, während der Werteeinbringende die Werte dem Staemnis dienstlich macht, d. h. den fast

mühseligen Gewinn einstreicht und immer besser lebt. (Daran ändert das Einzelbild kapitalschwacher Betriebe nichts. Volkswirtschaftlich ist die Tendenz ausschlaggebend.)

Wie die Tarifvertragspolitik ihre stärkste Belastungsprobe nicht bestanden hat, so geschieht dies auch mit der kapitalistischen Wirtschaftssystemform, die all ihre Schäden gerade jetzt uns vor Augen führt. Aber ihren trag zutage tretenden häßlichen Grundzug bedarf es keiner Weise mehr. Der Anschauungsunterricht ist gründlich. Statt nun die Wurzeln zu beseitigen, ist man bemüht, sie mit frischem Düng (Entbehrungsfaktor) zu versehen, um neue Blüten hervorzurufen, um bessere Früchte zu erzielen. Die Getäuschten aber sind immer die selben.

Trotzdem Fortsetzung der Politik zur Erhaltung des bisherigen, das schaffende Volk auspowern des Wirtschaftssystems. Die das Unrecht beseitigende Urkraft wird nicht als Aktivum, sondern als Passivum bewertet. Aktivistisch gilt höchstens der künstlich aufgebaute Organisationsapparat, der nur zu Verhandlungen mit wenig befriedigenden Resultaten Verwendung findet. Solange dies der Fall, wird von einer Wendung der Dinge zum Vorteil des Gemeinschaftsgedankens nicht gesprochen werden können. Das Gemeinwohl war noch nirgends ausschlaggebend bei der Profitwirtschaft! Die Festsetzung der Löhne allein genügt nicht, um dem Ubel entgegenzuwirken. Bald werden uns die Löhne auf dem Papier wie ein großes Betrugsmanöver anmuten. Der geschaffene staatliche Apparat zur Ausgleichung der Differenzpunkte ändert auch nichts Wesentliches daran. Die Voraussetzung erträglicher Lebensverhältnisse ist die Gemeinwirtschaft! Bei der Konstellation des heutigen sozialen Lebens kann die Auseinandersetzung nicht eine friedliche in dem Sinne sein, daß die Einsicht zur Überzeugung der Notwendigkeit führt, sondern muß die Überwindung des sich mit aller Macht entgegenstemmenden zahlenmäßig schwächeren Gegners der Gemeinwirtschaft sein!

Nicht finde ich, daß wir uns diesem Wege nähern, sondern versuchen, in ausgetretenen Bahnen uns mechanisch weiter fortzubewegen. Wir meinen, des Kollegen Kotte Gedankengänge sind am ausgeartetsten. Red.). Befehlen wir uns die Geschichte genauer, ist es nur eine sich ständig im Kreise drehende Bewegung. Wie können wir dann dem Elendsleben entfliehen wollen? Das ist unser Dilemma!
Berlin-Neukölln. Hermann Kotte.

„Leipziger Volkszeitung“ kontra „Korr.“

Der nun überhand nehmende Raummangel, zurückzuführen auf die Papiersteigerung — auch ein Zeichen der Zeit! —, verbietet jede breit angelegte, die dringend gebotene Einigkeit in unsern Reihen jede schärfere Polemik.

In Kürze wäre also zu sagen: Der Artikel „Lohn, Preis, Profit“ der „L. V.“ war sachlich gut. Was in realpolitischer Erkenntnis offen ausgesprochen wurde, sollte hinreichen, Illusionen zu zerstören. Gewerkschaftlich gut ersagene Buchdrucker werden den Kern des Auflasses erfasst haben. Nur tragisch dabei, daß unsere eben durchgesetzten Indexlöhne die Basis für seinen Aufbau abgeben mußten. Das rief mit Recht den „Korr.“ auf den Plan.

Wenn der „Korr.“ in seinem Artikel „Sabotage des Indexlohnes“ daraufhin der „L. V.“ entgegentrat, so werden die Buchdrucker das ohne weiteres gebilligt haben. In unser aller Gedächtnis ist hafter geblieben der Kampf, den der „Korr.“ gegen die Lohnpolitik der Buchdruckprinzipale in den letzten Jahren zu führen gezwungen war. Er befand sich in stets prekärer Stellung infolge der ungenügenden Resultate. Und doch hat der „Korr.“ wie kein andres Gewerkschaftsorgan in schwerster Zeit frei und offen zu seinen Männern gesprochen. Auf Grund dieser Einstellung Disziplin geübt zu haben, kommt den Buchdruckern zu. Seine Gewerkschaftsgeossen zu bester Disziplin zu erziehen, darin ist wohl der „Korr.“ der „L. V.“ über. Kein Gedanke daran, daß ein Teil der Buchdruckergehilfen auf Grund seiner wirtschaftlichen Sonderstellung aus der Haut des Staates für sich Niemen geschnitten hat. Eine Kerntruppe in der Gewerkschafts- und der Arbeiterbewegung bei allen solidarischen Aktionen, das waren die Buchdrucker. Sie werden es auch weiterhin und erst recht jetzt sein, wo die besten Genossen das Staatsruder erfasst haben. Darüber wollen wir mit der „L. V.“ nicht streiten.

Nur darin können wir ihr nicht recht geben, daß die Buchdrucker nach Friedenslöhnen, Überfriedens- oder Goldlöhnen trachten. Eine derartige Forderung ist vom „Korr.“ offiziell auch nie aufgestellt worden. Die Buchdrucker verfechten zu recht beständige Löhne — wie die „L. V.“ ja auch —, um endlich einmal dem ewigen Lohnbetrug zu entrinnen. Zu stark war die Erkenntnis auf sie eingedrungen, daß sie nicht länger mehr das letzte Rad am Wagen bleiben dürfen, wollen sie nicht völlig verkommen. Der Ausspruch des „Korr.“: „Da die Preismacher über den Friedenspreis hinausstiegen, kann übrigens der reine Friedenslohn nicht einmal mehr als oberste Grenze gelten“, ist nur als Menetekel an die Preismacher zu werfen, als Forderung keinesfalls.

Aber gerade hier holte die „L. V.“ in ihrem zweiten Aufsatze zum Schlag gegen den „Korr.“ aus, obwohl ihr der Sinn dieser Worte nicht unklar bleiben durfte. Es verstand sich am Ende, daß diese Streitrede gegen den „Korr.“, oder gegen die Buchdrucker überhaupt, nicht in einem zweiten Artikel aufleben durfte. Denn nach der ganzen Einstellung des „Korr.“ in den letzten Jahren, auf Grund der Erkennt-

nis, daß zielbewußte Männer das Ruder im Verband der Deutschen Buchdrucker führen, mußte auch die „L. B.“ wissen, daß von dieser Seite keinen utopistischen Ideen Nährboden gegeben wird, daß diese Gewerkschaft nicht in illusionärer Sprache die Föhrung im Kampfe um unerfüllbare Forderungen an sich zu reißen versucht. Weil sie es nicht erkannte, hat sie gerade den erprobtesten Kämmer der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung einen unbedenklichen Schlag versetzt.

Die generellen Betrachtungen der „L. B.“ in Ehren, sie sind stichhaltig, aber damit, daß sie uns besonders brandmarkte, hat sie uns einen Bärendienst erwiesen. Die offenen und die versteckten Gegner der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung werden uns das noch zur Genüge empfinden lassen. In diesem Augenblicke gehörte die „L. B.“ an unsere Seite, oder wenn sie schon Schmerzen hatte, so mußte sie neutral bleiben, wie sie ja auch bei jedweder Veröffentlichung der Schlüsselzahl des Deutschen Buchdrucker-Vereins neutral blieb. Ihre Sünden sind also nicht von heute und gestern! In energischer Form müßte sie dem wertkätigen Volke plausibel machen, daß eine gute Zeitung ein Produkt darstellt, das des Geldes wert ist. Wer ihr dieserhalb die Gefolgschaft aufkündigte, tat es ohnehin bei der minimalsten Preiserhöhung. Ein Arbeiterblatt wie die „L. B.“ muß bestehen bleiben, trotz w e r t beständiger Löhne. Dies werden die eben gestäubten Buchdrucker wieder in erster Linie zu erkennen vermögen, wie sie ja schon aus solidarischen Empfinden für ihre Klassengenossen, die dort ihr Brot finden, nicht anders handeln dürfen.

In einer Linie mit der „L. B.“ stehen wir Buchdrucker, wenn es gilt, der todkranken Wirtschaft auf die Beine zu helfen; das Gegenteil wird nicht eintreten; es sei denn, daß die „L. B.“ noch weiterhin dafür sorgt, daß uns aus unsern eignen Reihen Widersacher zu Duzenden entstehen. Mit uns Buchdruckern wird sie den langen Weg zurücklegen, der zu gehen ist, um auch in jedes einzelne Hirn wirklich sozialistische Erkenntnis einzuhämmern. Sie braucht uns, wir brauchen sie als unser Sprachrohr. Mit uns, nicht wider uns, wie ja fast ausnahmslos alle übrigen Arbeiterblätter mit uns gehen. Mit uns gegen die Saboteure jeder gerechten Lohnpolitik! Wir wollen dem Gewerbe nicht das Grab schaufeln, nicht dabei sein, wenn man der Wirtschaft den letzten Fußtritt versetzt, aber wir wollen das Unkraut jäten, das üppig all die Jahre auf dem Acker unsrer Lohnpolitik sproßt. Ob der Lohn wertbeständiger oder Indexlohn heißt, ob er durch Grundzahl mal Multiplikator entsteht, er soll g e r e c h t sein und uns von dem Betrug befreien.

Die Parole der Leipziger Buchdrucker allein: „Abbau der Indexlöhne“, ist wieder wie so manche ihrer Parolen das schlechteste Mittel, das Gewerbe zu retten. Aber eine Parole ungefähr in der Richtung: „Abbau der Papier- und Materialpreise, Abbau der Buchhändler-Schlüsselzahl, Abbau der Schlüsselzahl im Buchdruckgewerbe, Abbau der wertbeständigen Löhne würde uns als unentwegte Kombattanten um ein erstrebenswertes Ziel, um eine hehre Sache zur Stärkung und Gesundung der deutschen Wirtschaft zur Stelle finden. Aber, „Leipziger Volkzeitung“, müßt es denn, wenn wir nun abermals allein in den Karren des Buchdruckgewerbes aus dem Dreieck ziehen wie schon all die Jahre vorher? Unstre angebliche Schlappheit im Aufbau der Löhne würde uns nunmehr allein nicht dazu in der Lage finden. Es sei denn, daß alle, die an den Erträgen der Bucherzeugnisse partizipieren, mitziehen. So habe ich mir eine Schicksalsgemeinschaft vorgestellt.

Leipzig.

Artur Wolfram.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Aufsatz hat wegen absoluten Raum mangels mehrmals Zurückstellung erfahren müssen; er ist uns aber sogleich nach Erscheinen des Artikels in der „L. B.“ zugegangen. Wir haben in Nr. 80 der „L. B.“ in dem ersten Artikel nur das Allernotwendigste sagen können, die außerordentliche Umfangsbeschränkung hat auch selbst das erforderliche Nachhaken nicht zugelassen. Da inzwischen in einer Sitzung des Leipziger Gewerkschaftsrates sowohl als auch in einer Versammlung der Funktionäre der I.B.G.D. dem Verfasser der „Lohnprobleme“ in der „L. B.“ seine den Gewerkschaften im allgemeinen und den Buchdruckern im besonderen verfehlten Vorwürfe gehörig angeklügelt worden sind, können wir davon absehen, jetzt noch größere Widerlegungen vorzunehmen. Kollege A. W. besorgt das ja schon ganz gut, und die wenig einwandfreien Mittel, die von dem Verfasser in der „L. B.“ zur Anwendung, aber doch nicht erreichten Effektivität angewandt wurden, haben wir in Nr. 81 unter „Briefkasten“ schon gekennzeichnet. Wir wollen deshalb nur sagen, daß sogar in der sogenannten 30-Millionen-Woche die Buchdrucker unter billiger Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten in der Verbrauchswache noch um 11 Punkte unter dem Friedenslohn geblieben sind. Daß aber bei 57 Millionen Mark Wochenlohn und anderseits bei 94 1/2 Millionen Kosten für ein Paar Herrenhosen und 7 1/2 Millionen Mark für einen Jänner Briefkasten am 11. September in Berlin sowie bei einer Straßenbahnfahrt zu 600 000 bzw. 1 200 000 M. ab 13. September in Leipzig die „Lohnprobleme“ eine andre Lösung finden müssen, wie am 20. August in der „L. B.“ gegen die Buchdrucker gesehen, weil das in gar keinem Verhältnis mehr zu den Anteilen für solche Ausgaben am Friedenslohn steht, und daß der Kartellist dieses linksstehenden Arbeiterblattes gut tun würde, seine Begriffe über die Wertbeständigkeit der Löhne im Sinne der rechtsgerichteten Parteiorgane zu revidieren, dürfte für jeden denkenden Leser außer Zweifel stehen.

Richtlinien zum Lohnproblem

Die seit einigen Wochen geföhrten Verhandlungen zwischen den Vorständen der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Regelung der akuten Lohnfragen und das Lohnproblem sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Der Entwurf der Richtlinien zum Lohnproblem, der infolge einer Indiskretion vorzeitig in die Tagespresse gelangte, besagt in seiner endgültig genehmigten Fassung folgendes:

1. Um sich ein einwandfreies Urteil über die Erhaltung der Kaufkraft des Lohnes und über die richtige Lohnhöhe zu bilden, ist es nötig, die jeweiligen Lohnsätze in Grundlohn und Multiplikator zu zerlegen. Der jeweilige Tariflohn ist also gleich Grundlohn und Multiplikator und ist bei Verkümmern wägenichtig, bei Angestellten wägenichtig oder betriebsweise zu berechnen.
2. Für einen Zeitraum von 4 bis 8 Wochen legen die Tarifvertragsparteien den mit dem Multiplikator zu erhöhenden Grundlohn unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen

Notwendigkeiten selber fest. Dieser Grundlohn bleibt somit für die betreffende Tarifperiode konstant. In ihm drückt sich die jeweilige Wirtschaftslage und Konjunktur der betreffenden Wirtschaftspruppe aus.

3. Als Multiplikator soll eine aus der statistischen Erfassung der Lebenshaltungskosten (Lebenshaltungskosten) gefundene Maßzahl verwendet werden, da lediglich die im Einzelhandel zu zahlenden Preise für Lebensmittel und Bekleidungsgegenstände bestimmend für den Zahlungsmittelbedarf des Arbeitnehmers sind. Der Dollarturs oder die Großhandelszahl sind hierfür ungeeignet.

Die Wahl der Maßzahl ist den Tarifvertragsparteien überlassen. Bei Reichstaxtarifverträgen oder bei Tarifverträgen für größere Gebiete wird man die Reichsindexzahl des Statistischen Reichsamts oder ihre Steigerung zweckmäßigerweise verwenden, wobei die Berücksichtigung der örtlichen oder bezirklichen Verhältnisse (Klassen) bei der Bemessung des Grundlohns erfolgen kann.

Bei örtlichen oder bezirklichen Tarifverträgen empfiehlt sich die Anwendung entweder der vom Statistischen Reichsamts errechneten Indexzahl für den Ort bzw. den Bezirk oder einer nach ähnlichen Grundsätzen wie denen des Statistischen Reichsamts aufgestellten Maßzahl der Tarifvertragsparteien oder anderer Stellen von beiderseitig anerkannter Autorität. Es ist dabei von Bedeutung, daß für die verschiedenen Berufsgruppen eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes möglichst eine einheitliche Maßzahl Anwendung findet.

4. Bei der Festsetzung der jeweiligen Lohn- und Gehaltshöhe hat man zu unterscheiden:

- a) die Lohnwoche, d. h. die Woche, für die der Lohn verdient wird;
- b) den Festsetzungstag der Maßzahl und den Festsetzungstag des Lohnes. Letzterer wird zweckmäßigerweise möglichst mit dem ersteren zusammengelegt;
- c) den Auszahlungstag;
- d) die Verbrauchswache.

5. Grundsätzlich muß für die Bemessung der Lohnsätze der Gesamtwert der Verbrauchswoche maßgebend sein; man wird jedoch in Zeiten nur geringer Schwankungen des Geldwertes ohne allzu große Fehler zu begehen, den Festsetzungstag der Maßzahl für die Lohnhöhe maßgebend sein lassen können. In Zeiten starken Geldwertverlustes muß jedoch jeder Fehler ein nicht erträgliches Abstimmen des Reallohns zur Folge haben, so daß man gezwungen ist, bei der Lohnfestsetzung außer der Maßzahl des Festsetzungstages auch noch die zu erwartenden Steigerungen der Maßzahl der Verbrauchswoche voranzuschätzen. Einen gewissen Anhalt für diese Vorausanschätzung kann die Bewegung des Dollarturses und der Großhandelspreise geben.

6. Ob diese Schätzung richtig gewesen ist, wird man erst beurteilen können, wenn die Maßzahl für die Verbrauchswoche vorliegt. Ergibt sich alsdann, daß ein zuwenig oder ein zuviel an Lohn oder Gehalt bezahlt worden ist, so hat eine Korrektur in der Welsa stattzufinden, doch dieser Differenzbetrag bei der nächsten wöchentlichen oder in Deckung erfolgenden Lohn- oder Gehaltsberechnung hinzugefügt bzw. abgezogen wird. Zur Vereinfachung der Lohn- und Gehaltsberechnungen wird dieser Differenzbetrag mit der neu ermittelten bzw. abgeschätzten Lohn- und Gehaltssumme zu einem einzigen Betrag vereinigt.

Am nicht durch übermäßige Belastung der Lohnbüreaus neue, unproduktive Arbeit zu veranlassen, ist grundsätzlich daran festzuhalten, daß Wachen- oder Deckungsabzug der richtige Weg ist und daß in Zeiten starker Geldwertverluste durch die oben dargelegte Vorausanschätzung ein Gegengewicht gegen die Geldwertverluste gegeben ist. Deshalb sind mehrmalige Zahlungen in der Woche nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, wie sie z. B. in den ersten Wochen des August 1923 eintreten, vorzunehmen.

Die vorstehenden Richtlinien sollen zunächst für die Ab er a n g szeit bis zur Schaffung eines auch für die Lohnzahlung in Frage kommenden wertbeständigen Zahlungsmittels dienen. Die Spitzenverbände sind sich darüber klar, daß das Lohnproblem nur in Verbindung mit dem Währungs- und Produktionsproblem endgültig gelöst werden kann. Aus diesem Grunde haben sie einen Lohnpolitischen Ausschuß gebildet, der die Aufgabe hat, das Lohnproblem weiterhin zu erörtern. Der Ausschuß soll in aller Kürze zusammentreten.

Das Buchgewerbe im Ausland

Österreich. Die Indexlöhner hat sich von Mitte Juli bis Mitte August um 4 Proz. negativ ausgewirkt, und die Löhne der graphischen Arbeiterchaft, mit Ausnahme der an den Wiener Tageszeitungen beschäftigten Personale, haben daher zum ersten Male infolge Automatisierung eine Kürzung um ebensoviele Prozente erfahren. Hat schon an und für sich die diesmalige Tarifrevision die in bescheidener Weise gehegten Hoffnungen nicht erfüllt, so wird dieser Lohnabzug um so schmerzlicher empfunden, als die Lebenshaltungskosten diesen Lohnabzug in keiner Weise rechtfertigen. Wenn die nächstfällige Indexberechnung ebenfalls negativ erscheint, so wird die bewilligte Lohnerhöhung von 8 Proz. bei Abschluß des Tarifes wieder in die Taschen der Unternehmer zurückfließen, denn bis jetzt hat noch nichts verkauft, daß die graphischen Unternehmer eine Verbilligung der Druckpreise in Kraft treten lassen.

Die Arbeitslosigkeit im graphischen Gewerbe, die vor kurzem die Tendenz zum Abflauen zeigte, ist leider wieder im Ansteigen begriffen trotz der Wiener Internationalen Herbstmesse und der vor sich gehenden Wahlvorbereitungen für den Nationalrat. Die Ferien sind zum größten Teile beendet und die Aushilfskräfte können wieder gehen. Die Verbandskasse wird dadurch schwer belastet, nebenbei erwähnt, beanspruchen aus leicht begreiflichen Dingen die Arbeitslosen auch eine bedeutend höhere Unterstützung aus Verbandsmitteln. Dieser berechtigten Forderung wird sich der Vorstand auf die Dauer auch nicht entziehen können.

In die Geschäftsräume der Kommunistischen Partei und der „Roten Fahne“ wurde kürzlich eingebrochen, die eiserne Kasse gesprengt und daraus ein Betrag von über 20 Millionen Kronen entwendet. — Ein eigenartiger Fall von Veruntreuung hat sich im größten graphischen Betriebe Wiens, der Buch- und Kunstbindererei „Steyrer-Mühl“, zugezogen. Schon seit langem sollen beinahe bis zu einem Drittel aller Druckaufträge mit den Materialkosten des Unternehmers „Schwarz“ ausgeführt worden sein, das heißt, die Bestellungen wurden regelrecht erledigt, die Gelder aber nicht verbucht, sondern verteilt. Der dadurch entstandene Schaden soll in die Milliarden gehen. Zwischen den technischen und Verwaltungsbeamten muß eine förmliche Verschöpfung bestanden haben, sonst wäre es nicht möglich gewesen, in dieser ungläublichen Weise zu wirtschaften. Wie hätte man in Unternehmer- und Borgelichtkreisen gewettert, falls sich ein Arbeiter oder

eine Arbeiterin entfallen ließe, ein Stück Makulaturpapier mit nach Hause zu nehmen und dabei erkappt worden wäre! So aber versuchte man diese Milliardenveruntreuung zu verulken, was aber erfreulicherweise nicht gelang.

Korrespondenzen

Berlin. (Generalversammlung am 27. August.) Tagesordnung: 1. Die Situation im Gewerbe. 2. Mitteilungen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Braun dem verstorbenen Kollegen Albert Massini einen warmempfundenen Nachruf, den die Kollegen lebend anhörrten. Den ersten Punkt behandelte Kollege Braun. Einleitend nahm er zunächst Bezug auf den Buchdruckerstreik, der in Berlin unter dem Druck der Stilllegung des gesamten Banknotenrucks in äußerst scharfer Weise geführt wurde und zu einem vollen Erfolge führte mit dem Endergebnis, daß die Abmachungen für das ganze Reich in Geltung gesetzt wurden durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums. Nach zweitägiger Dauer wurde durch die illegale Institution des Fünfschneeraussschusses in einer Betriebsräteversammlung für Berlin der Generalstreik proklamiert, wodurch eine ganze Reihe von Betrieben in Mitleidenschaft gezogen wurden, darunter auch der „Berliner Lokalanzeiger“. Vier Stereotypenreue schlossen sich dem Generalstreik an, wurden von der Firma sofort entlassen, die Stereotypenabteilung erklärte sich mit den Entlassenen solidarisch und dadurch wurde der Brand in die gesamte Belegschaft mit einer Kopfzahl von rund 1300 Personen hineingetragen. Zu dieser Entwicklung trug sehr wesentlich ein dem Betrieb nicht angehöriger Redner aus dem Rabelwerk Oberpreze bei, der die Buchdrucker im allgemeinen herunterzick und die Leidenschaften aufzupeitschen verstand. Die Auswirkung einer im Betriebe vorgenommenen Abstimmung führte zur Entlassung des Gesamtpersonals. Die sofort aufgenommenen Verhandlungen mit den Organisationen führten nach beinahe zweiwöchigen Einrentungsversuchen zu einem vor dem Demobilisierungskommissar abgeschlossenen Einigungsvorschlag, nach dem 30 Pro. der Belegschaft wieder eingestellt werden sollten, da einige Arbeiten der Firma verloren gingen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen; die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Rund 120 Personen dürften jedoch auf der Strecke bleiben. Hierauf ging Redner auf die zur Zeit herrschende Krise des näheren ein, bei der das Buchdruckergewerbe auf das schwerste betroffen wurde. Hierbei nahm Redner auf die kurzfristige Einstellung der Prinzipalität Bezug, die entsprechend der ausgegebenen Parole zu Betriebsstilllegungen, Kurzarbeit und Entlassungen schreitet. An den Betriebsstilllegungen sind zur Zeit 14 Betriebe mit insgesamt 185 Kollegen beteiligt, die Kurzarbeit betrifft 2345 Kollegen, zur Entlassung gelangten zunächst 102 Kollegen. Der Parole sind bisher 163 Firmen gefolgt. Redner ersuchte die davon betroffenen Kollegen, von den gesetzlichen Mitteln entsprechenden Gebrauch zu machen, da die Prinzipale ihrerseits die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen außer acht gelassen. Weiter behandelte Redner den Konflikt in der Reichsbankdruckerei, das Verbot der Sonntagsarbeit in den Banknotendruckereien, die Beschäftigungsmöglichkeit im Gewerbe und die beabsichtigte Heruntersetzung des fälligen Lohnes. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Mahlo, Schreiter, Thaler, Löbe, Engelmeier und Gabel, die entsprechend ihrer politischen Einstellung ihre Auffassungen über die Gesamtlage bekundeten. Angenommen wurde folgende Resolution: „Die heutige Generalversammlung bedauert den Mangel an Objektivität, der im „Korr.“ bei der Berichterstattung über die letzte Berliner Bewegung zutage getreten ist.“ (Siehe dazu unsere Erklärung und Widerlegung zum Artikel des Kollegen Dörband in dieser Nummer. Red.) Ebenso ein Protest über die Unterdrückung der „Noten Fabne“ sowie einige von den Arbeitslosen gestellten Anträge nach Begründung durch den Kollegen Barh. Den zweiten Punkt behandelte Kollege Gröning, der die Anträge des Vorstandes bezüglich der Unterstützungsfälle begründete bzw. empfahl. Weitere Mitteilungen betrafen den „Korr.“ und den „Jungbuchsdrucker“ sowie eine Mahnung an diejenigen Kollegen, die durch die Organisation etwas geworden und daher sich um ihre Organisation etwas mehr kümmern sollten, als es leider mehrfach geschieht.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinensetzerverein.) In der Versammlung am 5. August machte Kollege Braun in bezug auf die in der letzten Versammlung angezeigten Arbeitslosenlisten richtigstellende Mitteilungen. Kollege Stern gab sodann bekannt, daß die Gesamtarbeitslosenzahl zwar um einige Hundert zurückgegangen sei, die der Maschinensetzer beginne aber leider wieder zuzunehmen. Ferner brachte der Vorsitzende zur Kenntnis, daß für ein größeres Unternehmen in Bukarest ein Instrukteur verlangt wird. Kollege Höbne warnte, eine Kondition in Rumänien anzunehmen. Die Versprechen, die von dort gemacht wurden, sind meist nicht gehalten worden. Einer Organisation anzugehören, sei so gut wie ausgeschlossen, weil man dort beobachtet und wegen Betätigung in der Organisation ausgewiesen werde. Als ordentliches Mitglied zur Unfallversicherungsgenossenschaft wurde Kollege Karl Reintal gewählt. Auf Antrag des Kollegen Leder wurde der wöchentliche Beitrag prozentual festgesetzt, und zwar werden ab 30. Juli 5 Proz. des reinen Verdienstes erhoben. Sodann machte Kollege Reintal auf die in der zweiten Hälfte des September beginnenden technischen Kurse aufmerksam. Als Teilnehmer kämen allerdings nur solche Kollegen in Betracht, die sich fertigmachen wollten. Meldungen werde eine halbe Stunde vor Beginn der nächsten Versammlung entgegengenommen. Zur

Aufnahme meldeten sich zwölf Kollegen. — Nächste Versammlung am 16. September.

Leipzig. (Schriftschneider.) In unserer Versammlung am 19. Juli gab der Vorsitzende den Geschäftsbericht. Besondere Beachtung verdienten die Vorgänge auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung, besonders nach dem Auslande. Im Interesse der Bewegung sei eine schärfere Überwachung des Auslandes geboten, Stellenangebote nach dort nicht ohne Mitwirkung der Organisation anzunehmen. Infolge der laufenden ungeheuren Geldentwertung beschloß die Versammlung, den Beitrag vom 1. August an auf 5 Proz. des Verbandsbeitrages zu bemessen. Mit einem Hinweis auf die kommende Halbjahrsgeneralversammlung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

München. (Drucker.) In der gutbesuchten Versammlung am 27. Juli wurde der Wochenbeitrag auf 500 M. erhöht. Dem Vorstand wurde zur künftigen Regelung der Beitragsfrage freie Hand gelassen. Die übrigen Vereinsangelegenheiten wurden auf die nächste Versammlung verschoben. Anschließend fand eine Familienunterhaltung statt. Eine stattliche Anzahl Mitglieder mit ihren Angehörigen hatte sich eingefunden, um das 50jährige Berufsjubiläum unfres Gründungsmitgliedes E. Gruber im Verein zu feiern. Unser Vereinsmitglied O. Huber sorgte mit seinem Singspieltrupp für anregende Unterhaltung. Bei dieser Gelegenheit richteten wir an die Mitglieder die Bitte, sich auch zu erster Arbeit in den Versammlungen ebenso zahlreich einzufinden wie zur Fidelitas.

a. Osnabrück. In Anbetracht der riesigen Kollage aller graphischen Arbeiter gärt es auch in unserm sonst so friedlichen Osnabrück. Das Maß ist voll! Das war die Deise einer am 3. August abgehaltenen außerordentlichen Versammlung, in der auch das neueste Lohnabkommen als völlig ungenügend bezeichnet wurde. Die Versammlung verlangte sofortige Verhandlungen mit den hiesigen Prinzipalen, die dann auch nach Überwindung vieler Schwierigkeiten am Sonnabend stattfanden. Unsere Kommission erzielte 25 Proz. des Lohnes der laufenden Woche (4. bis 10. August) als Zulage. Wenn uns diese Extrazulage auch nicht befriedigt, so erkannte unsere Versammlung am 5. August doch das Entgegenkommen der Prinzipale an.

Pößneck (Thür.). Die Versammlung unfres etwa 250 Mitglieder starken Ortsvereins am 31. Juli beschäftigte sich mit dem vom Zentralausschuss am 19. Juli gefällten Schiedsspruch. Dabei fand eine gegen das unzureichende Ergebnis protestierende Entschiedenheit allseitige Billigung. Die Versammlung verurteilte einmütig das Lohnabkommen und beauftragte den Vorstand, den Gauvorsteher zur Berücksichtigung einzuladen, um endlich einmal zu hören, wie die Gehilfenvertreter dazu kommen, derartigen Abmachungen zuzustimmen.

Pößneck i. Thür. (Drucker.) Der Maschinenmeisterverein Pößneck hielt am 15. Juli eine Wanderversammlung in Rudolstadt ab, unter Beteiligung der Druckervereinigungen von Rudolstadt, Saalfeld und Jena. Kollege Döhler (Rudolstadt) hielt die auswärigen Kollegen herzlich willkommen. Kollege Eisenberg (Gera) hielt einen Vortrag über: „Die Illustrationsdruckverfahren älterer Zeit bis heute nebst Herstellung ihrer Druckträger“. Der Vortrag war sehr gut ausgearbeitet; besonders hervorzuheben war sein reichhaltiges Anschauungsmaterial, das teils aus eigener Praxis stammte, teils leihweise von der Firma C. G. Vogel (Pößneck) zur Verfügung gestellt war. Kollege Pfannenstmidt dankte dem Referenten für seine Bemühungen. Hieran schloß sich eine lebhafte Diskussion für und wider den Offsetdruck. Darauf hielt Kollege Schmidt (Pößneck) einen Vortrag über: „Die Zurichtung von Illustrationsformen an Rotationsdruckmaschinen“. Auch dieser Vortrag war infolge des Anschauungsmaterials sehr lehrreich. Zum Schluß wies Kollege Schmidt darauf hin, daß jeder Flachdrucker, wenn möglich, Einblick in den Rotationsdruck gewinnen suchen soll. Auch diesem Referenten wurde für seinen interessanten Vortrag gedankt. Hieran schloß sich eine allgemeine Aussprache. U. a. wurde gewünscht, für später eine Wanderversammlung in Pößneck abzuhalten, um so das Interesse der Kollegen wachzuhalten. Damit die auswärtigen Kollegen auf ihre Kosten kamen, wurde nach der Versammlung ein Ausflug nach dem Schloß Rudolstadt, von da nach der Brauerei in Volkstedt unternommen.

Schweidnitz. Die hiesige Kollegenchaft nahm in einer Wanderversammlung in Zülzendorf am 4. August u. a. Stellung zu den Lohnabbauversuchen der Prinzipale im Osten. Die Versammlung erhob schärfsten Protest gegen die fortgesetzten Lohnabbauversuche für die Kreise IX, XI und XII der Prinzipale und ersuchte die Gehilfenvertreter, diesen Versuchen den schärfsten Kampf anzufügen. Niemand werden uns mit Sonderabmachungen abspeisen lassen, weil wir darin eine Gefahr für die Gesamtkollegenchaft erblicken. Wir bestreiten ganz entschieden, daß hier billigere Lebensverhältnisse herrschen als in den westlichen Provinzen.

Stettin. In der Vierteljahrsversammlung am 6. August erstattete Kollege Reintal Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. Bemerkenswert war, daß der Kreis XI keinen Vertreter der Prinzipale zu den Verhandlungen entsandt hatte. Es ist wohl anzuerkennen, daß der Reichsarbeitsminister sich alle Mühe gab, eine Einigung zustande zu bringen. Doch was bedeutet der erhöhte Lohn der wahnwitzigen Preistreiber gegenüber? Mag man im Prinzipalislager auch noch so erobst sein über die „hohen“ Löhne der Buchdrucker, wir können aber nicht umhin, zu sagen, daß unser Lohn nur höchst unzureichend ist. Die Gehilfenschaft sieht, daß die Prinzipale den Wogen immer strafbarer fröhnen, während die Gehilfen den Nerven stets enger schmallen müssen. Es geht mit dieser Lohnpolitik nicht so weiter. Die Stettiner Gehilfenschaft billigte das letzte Lohnabkommen nicht; sie

wies ihre Vertretung darauf hin, daß es höchste Zeit sei, für alle gewerblichen Betriebe Löhne zu erringen, die eine Existenzmöglichkeit gewährleisten.

Zittau. In freies diesjährige, am 12. August in Zittau abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich des Besuchs von 61 Kollegen zu erfreuen. Vertreten waren außer Zittau die Bezirksorte Bernstadt, Ebersbach, Großschönau, Herrnhut, Neuaersdorf und Reichenau. Aus den Berichten der einzelnen Mitgliedschaften war zu entnehmen, daß allenthalben die nötige tarifliche Aufmerksamkeit beobachtet wird. Einige eingetretene Mängel sollen nachdrücklich beseitigt werden. Unser Gauvorsteher Freitag referierte über „Gewerkschaften, Wirtschaftsfragen und Lohnpolitik“. Nach kurzer Debatte, in der wertbeständiger Lohn sowie bezirksweiser Lohnabschluß als erstrebenswertes Ziel bezeichnet wurden fand der Bezirksbeitrag eine Neuregelung. (Wann wird man endlich die richtige Nebenanwendung aus handgreiflichen Tatsachen ziehen in der Frage Reichs- oder Bezirksstarif? Red.)

Allgemeine Rundschau

Sperre des italienischen Verbandsgebiets. Der Vorstand des Italienischen Buchdruckerverbandes in Bologna gibt durch Vermittlung des Internationalen Buchdruckersekretariats den Zentralvorständen der Bruderverbände und den Kollegen im allgemeinen bekannt, daß das Gebiet des italienischen Verbandes infolge der sehr hohen Zahl von Arbeitslosen strengstens gesperrt ist und daß bis auf weiteres kein Biatikum mehr ausbezahlt wird.

Internationaler Wettbewerb. Der Einsendungstermin des vom Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker veranstalteten internationalen Wettbewerbs für die Ausstattung eines Festes der „Typographischen Mitteilungen“ wird, vielfach geäußerten Wünschen entsprechend, bis zum 16. Oktober verlängert. Bis zu diesem Termin sind die Entwürfe richtig frankiert an die Organisationsleitung desjenigen Verbandes einzusenden, dem der Einsender angehört. Eine rege Beteiligung der Kollegenschaft aller Länder ist zu erhoffen, denn der internationale Wettbewerb bietet eine interessante Schau der besten Entwürfe und Stilarten, von den tüchtigsten Fachleuten gefertigt.

Faktorengehälter für den Monat August. Nachdem die kreisweise geführten Verhandlungen über die Regelung der Faktorengehälter für August in fast allen Kreisen zu keiner Einigung geführt hatten, wurden in einer gemeinsamen Sitzung der Hauptvereine in Berlin am 6. September die Gehälter für die Kreise I, IV, V, VI, VII, VIII, IX, XI, XII auf das Fünfundzwanzigfache der 1aristischen Zulagegehälter festgesetzt. Der Deutsche Buchdrucker-Verein erklärte sich bereit, seinen Mitgliedern die sofortige Auszahlung der Restgehälter zu empfehlen. Es wurde ferner beschloffen, zu empfehlen, den Faktoren a conto des Septembereingehalts am 10. September ein Drittel und am 20. September zwei Drittel des Augustgehalts auszusahlen. Für den Kreis II wurde durch die betreffende Gehaltskommission das Augustgehalt für den B-Faktor wie folgt festgesetzt: 0 Proz. 148 000 000, 2½ Proz. 161 700 000, 5 Proz. 155 400 000, 7½ Proz. 159 100 000, 10 Proz. 162 800 000, 12½ Proz. 166 500 000, 15 Proz. 170 200 000, 17½ Proz. 173 900 000, 20 Proz. 177 600 000, 22½ Proz. 181 300 000, 25 Proz. 185 000 000 M. Hierzu kommt eine Befahrungszulage von 20 Proz. und eine soziale Zulage für Frau und jedes Kind von je 3 000 000 M. Im Monat September erhalten alle Faktoren gleichmäßig an jedem Gehilfenlohnachttag jeweils den an diesem Tage fälligen Gehilfenlohn der Klasse C als Vorschub auf das Septembereingehalt. Für den Kreis X wurden von der Gehaltskommission für den Monat August 135 000 000 M. für die B-Klasse festgesetzt. Für die Provinz kamen fernerhin die Güte des Monats Juli für die Augustgehälter zum Beschluß; für je 2½ Proz. Lokalaufschlag kamen 3 240 000 M. in Abzug. Festgelegt wurde ferner, daß für September die wöchentliche Gehaltszahlung erfolgen soll, und zwar als Abschlag der abgerundeten Gehilfenlohnrate der Klasse C. Aus dem Kreise III liegt noch keine Nachricht über die erfolgte Gehaltsregelung für August vor.

Neue Lohnsätze für das Buchbindergewerbe. Durch Abkommen vom 3. September wurde der Spitzenstundenlohn des verheirateten gelerntten Buchbinders für die Zeit vom 30. August bis 5. September in der Ortsklasse I von 700 000 M. um 54 Proz., also auf 1 078 000 M. erhöht. Nach diesem neuen Spitzenlohn regeln sich die Lohnsätze der übrigen Ortsklassen. In Klasse II (Leipzig) beträgt der Stundenlohn 1 035 000 M., in der letzten (VI.) Klasse 862 000 M. Die derzeitige Befahrungszulage wurde gleichfalls um 24 Proz. erhöht, und der sich ergebende Spitzensatz auf 11 200 M. abgerundet.

Ein Rekord in der Festsetzung der Buchhändler-Schlüsselzahl. Die Schlüsselzahl für den Buchhandel, die erst am 8. September von 2 400 000 auf 3 000 000 stieg, ist mit Wirkung vom 11. September an auf 6 000 000 und ab 12. September gar auf 9 000 000 hinaufgeschneit. Mit solcher Schlüsselzahl wird der geistigen Kultur des Volkes der Denker und Dichter das Grab geschauelt. Ein Reclam-Heft als Maßstab für das billige deutsche Buch, kostet nunmehr bei einem Grundpreis von 30 Pf. 2700 000 M.!

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. In der Woche vom 5. bis 11. September galten für die Ortsklasse A folgende Höchstsätze für Erwerbslose: Für männliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Hause eines andern wohnen, 2 450 000 M. täglich, für männliche über 21 Jahre im Haushalt eines andern 2 030 000 M. täglich, für männliche

Personen unter 21 Jahren 1 460 000 M., für weibliche Personen über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern wohnen, 2 030 000 M. täglich, für weibliche über 21 Jahre als im Haushalt eines andern 1 660 000 M. täglich, für weibliche unter 21 Jahren 1 220 000 M. Als Familienzuschläge für Ehegatten werden 860 000 M. täglich, für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige 710 000 M. täglich gezahlt.

Der verbesserte Reichsindex. Behufs Klärung der Differenzen, die sich letzthin wegen der vom Statistischen Reichsamte errechneten Indexziffern ergeben haben, fand auf Veranlassung des genannten Reichsamtes eine Aussprache mit den Spitzenverbänden der Arbeiter und der Unternehmer statt. Die Konferenz beschloß sich in erster Linie mit der gründlichen Aufklärung der Differenzen, die sich Ende August aus den plötzlich vom Reichsstatistischen Amte veröffentlichten doppelten Indexziffern ergeben haben. Es wurde dabei festgestellt, daß das Reichsstatistische Amte bisher für den Wochenindex nur Berichte aus etwa 29 Städten zugrunde gelegt hatte. Da die Ziffern dieser Städte nicht bis 1914 zurückgerechnet werden konnten, wurde das Ergebnis der allwöchigen Feststellungen, die der vierzehntägig festgestellten sogenannten Gildensziffer der 71 Gemeinden zugrunde liege, übertragen. Daraus ergab sich dann die doppelte Indexziffer, die zu verschiedenen scharfen Auseinandersetzungen bei ihrer Übertragung auf die Löhne und Gehälter geführt hat. Dem Uebel wird jetzt dadurch abgeholfen, daß die wöchentliche Erhebung auf die sämtlichen Gemeinden, die der vierzehntägigen Gildensziffer zugrunde liegen, ausgedehnt wird. Es gibt deswegen in Zukunft nur noch eine Reichsindexzahl. Traudwelsche Streitigkeiten darüber, welche von verschiedenen Ziffern gewählt werden soll, werden damit unmöglich gemacht. Mit dieser Lösung der Frage erklärten sich die Gewerkschaften aber noch nicht ausreichend zufriedengestellt. Sie wünschten vielmehr für die Zukunft einen dauernden Kontakt mit dem Statistischen Reichsamte. Damit erklärte sich dieses Amte einverstanden. Es wurde sofort ein ständiger Beirat zusammengesetzt. Er wird jeweils vor der Bekanntgabe der amtlichen Reichsindexziffer im Statistischen Reichsamte zusammenzutreten. Hoffentlich gewinnt durch die nunmehrige bessere Zusammenarbeit des Amtes auch mit den Gewerkschaften und durch die Beseitigung der Doppelberechnung der Reichsindex das allgemeine Vertrauen wieder, das notwendig ist.

Verbandstag der Metallarbeiter verschoben. Der am 17. September nach Kassel einberufene Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes muß laut Mitteilung des Verbandsvorstandes verschoben werden, weil die Delegierten aus dem besetzten Gebiet wegen dessen Sperre zu dem ins Auge gefaßten Termin nicht in Kassel erscheinen können. Von den 402 Delegierten entfallen 78 auf das besetzte Gebiet. Sobald diesen Delegierten eine Teilnahme am Verbandstag möglich ist, soll dessen Einberufung erfolgen.

Der Textilarbeiterverbandstag ebenfalls vertagt. Die Einberufung der für die Zeit vom 10. bis 15. September in Kassel geplanten Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, da die Überflutung der Inflation die Kosten der Tagung außerordentlich gesteigert hat und eine sofortige Anpassung an die Geldentwertung nicht möglich ist. Außerdem haben infolge der Verhängung der Verkehrssperre im besetzten Gebiet bis zum 15. September und ihrer weiteren Verschärfung die großen Mitgliedschaften des Verbandes im Rheinland und in der Pfalz keine Möglichkeit, ihre Delegierten zum Verbandstag zu entsenden. Es soll aber allen Delegierten die Teilnahme an der Tagung ermöglicht werden.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise. Aus der mit Wirkung vom 11. September an für den Personenvorkehr festgelegten Schlüsselzahl von 1 500 000 ergeben sich im einzelnen folgende Beträge (in Tausenden Mark): Kilometereinheitsätze: 4. Klasse 33, 3. Klasse 49,5, 2. Klasse 148,5, 1. Klasse 279. Schnellzugzuschläge: Bis 75 Kilometer 1. Klasse 4500, 2. Klasse 2250, 3. Klasse 750; bis 150 Kilometer 1. Klasse 9000, 2. Klasse 4500, 3. Klasse 1500; über 150 Kilometer 1. Klasse 13 500, 2. Klasse 6750, 3. Klasse 2250. — Reisegepäck: Für je 10 Kilogramm auf 1 Kilometer 12,75; Mindestfracht 900. — Platzkarten für D-Züge: 1. Klasse 2400, 2. Klasse 1200, 3. Klasse 450. Bahnsteigarten 300.

Sterbetafel

- In Hagen am 24. Juli der Schwelgerdegen Jakob Schuster, 33 Jahre alt — Herzschlag.
- In Uelsh am 30. Juli der Seher Hermann Lorenz, 55 Jahre alt.
- In Hildesheim am 8. Juli der Seherinwalde Jakob Brand, 63 Jahre alt.
- In Hildesheim am 14. Juli der Seher Joseph Schatz von dort, 57 Jahre alt — Schlaganfall.
- In Breslau am 5. Juli der Geschäftsführer Hugo Langemann, 69 Jahre alt.
- In Dresden am 7. Juli der Korrektor Paul Rinow, 64 Jahre alt.
- Im Gau Bielefeld am 17. April der Seher Oskar Fischer aus Bielefeld, 60 Jahre alt; am 6. Juni der Seher Arthur Reinig aus Meppen, 48 Jahre alt; am 7. Juni der Seher Ernst Krengel aus Göttingen, 60 Jahre alt; am 10. Juni der Seher Karl Behnig aus Dieblich, 63 Jahre alt.
- In Hildesheim am 30. Juli der Seher Friedrich Arnold aus Wilsenhausen, 19 Jahre alt — Folgen einer Krampfadertropfation.
- In Wiesbaden am 21. Juli der Korrektor Wilhelm Heller von dort, 60 Jahre alt.

Briefkasten

H. Sch. in H.: Nicht geeignet zur Aufnahme; wir haben schwere Not, viel wichtigeren Sachen unterzubringen. — H. N. in G.: Kollege Paul Lorenzen in Kiel, der den „Korr.“ dankenswerterweise durch rege korrespondenzmäßige Mitarbeit unterstützt, hat in der von Ihnen besagten Angelegenheit uns mitgeteilt, daß eine Frist nicht vorzuziehen ist, während welcher eine Arbeitsvermittlung beantragt werden kann, wenn sie selbst Inanspruchnahme ist. Der Mann kann schon vor zehn Jahren gestorben sein, sein Tod darf aber nur nicht vor dem 1. Januar 1912 liegen. — H. B. in B.: So schnell geht das nicht mit dem Aufnehmen, weil bei überwiegender vier Seiten der Abgang der schon älteren

Artikel Inanspruchnahme ist. — W. G. in D.: Der „Korr.“ muß dem sehr entsagen. — H. S. in B.: Unter „Verbandsnachrichten“ muß erst recht alles kurz und bündig gesagt werden. — E. G. in S.: Kurzer Bericht über weitere Entwicklung der Dinge erwünscht. — H. G. in W.: W. A. in Bg.: 72 60 W.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chomissofplatz 5 II. Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191
Postfachkonto: Berlin Nr. 102367 (H. Schweinly)

Bekanntmachung Ortsunterstützung betreffend

Die Veränderung der Unterstützungsätze in kürzeren Zeiträumen als bisher üblich hat zu mehrfachen Anfragen Anlaß gegeben, ob nach Einführung eines neuen Unterstützungs- sages neue Dultungsformulare zu benutzen sind. Aus Sparnisgründen bitten wir von der Ausfertigung neuer Dultungsformulare abzusehen und für jeden Monat und Arbeiter- losen nur ein Unterstützungsformular zu benutzen. Besonderer Wert ist natürlich darauf zu legen, daß für die einzelnen Unterstützungsgruppen auch die richtige Farbe der Formulare benutzt wird, und zwar für die unterste Stufe die Chamolifarbe, für die mittlere die rote und für die höchste Stufe die blaue Farbe. Sollte einmal die eine Farbe ausgehen, so ist an den Kopf des Dultungsformulars der handschriftliche Vermerk einzutragen, für welche Unterstützungsgruppe das Formular gelten soll. Im Monatsabrechnungsformular 20 sind dann nur noch die einzelnen Unterstützungsgruppen in nachstehender Weise getrennt aufzuführen:

untere Stufe	mittlere Stufe	höchste Stufe
10 Mitglieder a 7 Tage = ..	8 Mitglieder a 6 Tage = ..	9 Mitglieder a 7 Tage = ..
16 Mitglieder a 14 Tage = ..	12 Mitglieder a 8 Tage = ..	8 Mitglieder a 10 Tage = ..
usw.	usw.	usw.

Die Aufführung nach den einzelnen Unterstützungsätzen innerhalb der Unterstützungsgruppen kann also fortfallen.

Die Kontrolle und die Errechnung der für Ortsunterstützung ausgegebenen Gesam- summe wird durch das vorgeschlagene Verfahren etwas erspart, wir bitten aber die verehrl. Kassierer, die einschickende Mehrarbeit, die übrigens durch das Wegfallen des Neuausfahrens von Dultungen mehr als reichlich ausgeglichen wird, wissig auf sich zu nehmen, weil dadurch eine wesentliche Kostenersparnis erzielt wird. Es heißt auch hier, sich den neuen Verhältnissen anzupassen.

Kurzarbeiterunterstützung betreffend

Der Verbandsvorstand beschloß in seiner letzten Sitzung, von allen Kurzarbeitern, die mehr als 24 Stunden in der Woche verkirzt arbeiten, für je drei Wochen einen Verbands- beirat zu erheben. Ortsunterstützung an Kurzarbeiter wird im Höchstfalle pro Woche nur drei Tage gezahlt, da die Verbandskasse eine größere Belastung nicht erträgt.

Der Verbandsvorstand.

Gau Leipzig. Nachstehende Kollegen werden aufgefordert, sich sofort zu melden: Heinrich Friedrich Bauer (Hauptbuchnummer 22763), Walter Biehl, Dr. (5153), Erich Buehler, Dr. (12239), Erich Fietke (12552), W. Karl Gruhn, W. G. (6796), Albert Hell (12273), Richard Hippold (41340), Hans Wühler (82372), Richard Schmeijer, Dr. (82315), Karl Weber, Dr. (694), H. Wögel, Dr. (41259).

Gau Westfalen-Lüb. Laut Beschluß der Bezirksvorsteherkonferenz wird das „Korr.“-Abgatorium mit dem 1. Oktober aufgehoben. Eine Berechnung der Post- quittungen findet nicht mehr statt. — Der Gaubeitrag beträgt immer 6 Proz. des jeweiligen Verbandsbeitrages (ausgeschlossen der Extrasteuer für Postarbeiter), vom 17. September an also 100000 M. monatlich.

Gau Schleswig-Holstein. Da die Rückvergütung aus der Verbandskasse für den „Korr.“ zum Oktober wegfällt, so sind wir gezwungen, das Abgatorium aufzu- heben. Von Oktober ab vergüten wir für jeden Ortsverein ein Exemplar, für die sechs Bezirksorte je zwei Exemplare des „Korr.“ aus der Gaukasse, damit die Funk- tionäre die von uns im „Korr.“ erlassenen Bekanntmachungen bekommen. — Wir er- innern nochmals daran, daß alle überhöhtigen Gelder wöchentlich einzusenden sind.

Gau Schlesien. Ab 1. Oktober wird der Abonnementpreis für den „Korr.“ nach Schlüsselzahl des Buchhandels durch die Post festgelegt. Wollte die Gaukasse die Kosten für das Abgatorium weiter tragen, dann müßte der Gaubeitrag für Oktober min- destens verdoppelt werden. Da aber mit weiterer Erhöhung der Abonnementkosten zu rechnen ist, müssen wir von der liebgewordenen Einrichtung des Abgatoriums abgeben und empfehlen, daß mehrere Kollegen ein Exemplar zusammen lesen und sich in die Kosten teilen. Wir hoffen, daß die Kollegen dieser Maßnahme in ernster Zeit Verständ- nis entgegenbringen werden. Vom 1. Oktober an leistet also der Gau keinerlei Auf- wendungen für den „Korr.“ mehr.

Adressenveränderung

Oberhausen (Hld.). Bis auf weiteres sind alle Sendungen an den Kassierer Konrad Beyer, Humboldtstraße 6, zu richten.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
In Leipzig die Seker 1. Johann Decker, geb. in Köln a. Rh. 1903, ausgef. in Leipzig 1922; 2. Walter Morik, geb. in Borna 1887, ausgef. das. 1900; waren schon Mitglieder. — 3. Hesselbart in Leipzig, Brüdertstraße 9, I.

Versammlungskalender

Berlin. Maschinenmeistervereinsammlung, Donnerstag, den 20. September, abends pünktlich 7 Uhr, im „Berliner Klubhaus“, Chmißstraße 2.
Sachum 1. W. Maschinenseherbezirksversammlung Sonntag, 16. September, vormittags 10½ Uhr, bei Hahnefeld, Herrmannshöhe.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 3000 Mark für Vereins-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen, sonstige Anzeigen 22000 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmefluß: Montag und Donnerstag mit erster Post- bestellung für die jeweilig nächstfolgende Nummer. Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postcheckzahlung.

Gau Dresden

Nach Mitteilung des Verbandsvorstandes wird die Rück- vergütung für den „Korrespondent“ aus der Verbandskasse nur noch bis 30. September gewährt. Die Gaukasse ist nach diesem Zeitpunkt daher nicht mehr in der Lage, das „Korr.“-Abgatorium aufrecht zu erhalten. Die allgemeine Rück- vergütung für das „Korr.“-Abonnement hebt daher am 30. September auf. Aus Mitteln der Gaukasse werden vom 1. Oktober ab den Mitgliedschaften und Dresdener Drucker- teilen gewährt:

- bis zu 10 Mitgliedern 1 Exemplar des „Korr.“
- bis zu 30 Mitgliedern 2 Exemplare des „Korr.“
- bis zu 60 Mitgliedern 3 Exemplare des „Korr.“
- bis zu 100 Mitgliedern 4 Exemplare des „Korr.“
- bis zu 150 Mitgliedern 5 Exemplare des „Korr.“
- mit mehr Mitgliedern 6 Exemplare des „Korr.“

Die Beträge einschließlich des Bestellgebühres sind am Schluß des Berichtsjahrs der Gaukasse in Rechnung zu stellen. An Einzelanfordernde kann eine „Korr.“-Rückvergütung ab 1. Oktober nicht mehr erfolgen. Infolge Arbeitsüberhäufung bleibt das Bureau der Gauverwaltung bis auf weiteres am Mittwoch jeder Woche für den Verkehr geschlossen.
Dresden, 10. September. Der Gauvorstand.



**Maschinenmeisterverein
Hamburg-Altona. Buchdrucker**
(Gegr. 1879)
Außerordentl. Generalversammlung
am Sonnabend, dem 16. September, abends
7½ Uhr, im Lokale Planeth, Mchaelstraße 80.
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen, Wahl eines
ersten Schriftführers. 2. Ehrung der Jubilare. 3. Beitrags-
frage. 4. Wichtige Angelegenheiten.
Wollständiges Erscheinen ist Ehrenpflicht. Der Vorstand.

Die Entwicklung der Weltsprache

ganz wie die Entwicklung des Sozialismus
von der Utopie zur Wissenschaft.
Volapük (1841) — ein erster utopischer Versuch,
Esperanto (1887) — ein großer Fortschritt.
Ido (vollendet 1913) — das wissenschaftlich vollkommenste,
das praktisch brauchbarste, das am leichtesten vervollkomm-
nungsfähige System, entzweit die Weltsprache dem Gebiete
der Utopie und stellt sie auf die Prinzipien ihrer
endgültigen wissenschaftlichen Lösung.
Unterlehreungskurse finden in allen größeren Orten statt.
Neue Kurse in Leipzig beginnen: Donnerstag, den 20. Sep-
tember, im „Volkshaus“; Montag, den 17. September, Neustadt,
Schule Wismanstrasse; Montag, den 21. September, Gohlis,
bei Zimmay, Werdnerstraße 17; Freitag, den 21. September,
Döllitz, Schulb. — sämtlich abends 7½ Uhr.

Erstklassiger Akzidenzsetzer
firm in allen Arbeiten des vornehmen Akzidenzsetzes, perfekt
in Stereotypie und Weichschnitt, zur Zeit Erster, sucht ande-
weitig Dauerstellung. Eintritt nach Abereinikunft. Egal wohin.
Offerten unter Nr. 411 an die Geschäftsstelle d. W.,
Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Junger, lediger Linotypesetzer
sechsjährige Praxis, guter Maschinenkennner und -pfleger,
stiller, korrekter und arbeitsfreudiger Setzer, bisher in großer
Provinzialzeitung Niederschlesens tätig gewesen, sucht, gestützt
auf gutes Zeugnis, möglichst Dauerstellung, egal wo.
Offerten unter Nr. 408 an die Geschäftsstelle d. W.,
Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Maschinenmeister
27 Jahre alt, ledig, guter Arbeiter, mit Flachdruckrotation „Gens-
relka“, Zweitourenmaschine „Windbraut“, Universal- und
Königs-Änteger bestens vertraut, sucht angenehme, dauernde
Kontinuität.
Off. Angebote unter Nr. 434 an die Geschäftsstelle d. W.,
Leipzig, Königstraße 7, erbeten.
Süddeutschland!

Maschinenmeister
22 Jahre alt, im Illustrations-, Katalog- und Akzidenzdruck
nur Gutes leisten, Spezialist an Zweitourenmaschinen wie
Sauger und Rotary, sucht Stellung.
Off. Angebote unter Nr. 440 an die Geschäftsstelle
d. W., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Rotationsmaschinenmeister
mit reichen Erfahrungen im Zeitungs-Rotationsdruck, per-
fekter Stereotypsetzer, zwölfjährige Praxis, sucht in Mittel-
oder Norddeutschland angenehme, dauernde Stellung.
Off. Offerten unter Nr. 445 an die Geschäftsstelle d. W.,
Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Schweizerdegen
30 Jahre alt, ledig, selbständiger, sicherer Arbeiter, an flottes,
zeitgemäßes Arbeiten am Rastren und an der Maschine ge-
wöhnt, sucht Stellung, gleich wo.
Off. Angebote an Hr. Rohde, Göltingen bei Alm a. D.,
Meinlohstraße 7.

**Künstlerisch strebsamer
Schweizerdegen**
der geschmackvoll Satz, Zus-
richten und Druck wirklich bes-
heerlich, als Teilhaber für lit.
mod. Akzidenzdruck, gesucht.
Heymann, Leipzig, Wilmens-
gasse 14, Hofgebäude rechts II.

**Junger, strebsamer
Schriftsetzer**
20 Jahre alt, im Akzidenz-
und Angelegenheit sowie allen
andern Sacharten bewandert,
sucht Stellung, gleich wohin.
Suche Ausbildung an der Seker-
maschine angenehm.
Angeb. erbeten unter Nr. 435
an die Geschäftsstelle d. W.,
Leipzig, Königstraße 7.

Monotypesetzer
Modell D, wirklich tüchtige
Kraft, sucht Stellung.
Off. Offerten unter Nr. 422
an die Geschäftsstelle d. W.,
Leipzig, Königstraße 7, erbet.

Zustierer
selbständiger Arbeiter, mit
Nadeln und Kupferbad sowie
allen vorkommenden Arbeiten
vollständig vertraut, wünscht
sich zu verändern. Ausf. bev.
Off. Angebote unter Nr. 444
an die Geschäftsstelle d. W.,
Leipzig, Königstraße 7, erbet.

Zurichtemeister, Arbeiter
Nadeln und Pinzetten sowie alle
Werkzeuge f. Echer u. Drucker
empfehle A. Siegl, München 9,
Katalog gegen Rückporto.

Mechanische Werkstätte
sucht zur Herstellung von
Sprühgunz eine gebrauchte gut-
erhaltene
**Durchschuß-
Handmaschine**
Offerten unter Nr. 439 an
die Geschäftsstelle d. W.,
Leipzig, Königstraße 7, erbet.

Internationale Einheitsprache
Esperanto
Fernkurs kostenlos. Näheres
siehe „Korr.“ 78 und durch
Buchdrucker-Esperanto-
Gruppe Leipzig,
„Volkshaus“, Zeltnerstrasse 82.

**Perfekte
Esperanto-Setzer**
können unter Berücksichtigung
der verbandsspezifischen Besim-
mungen jederzeit gestellt wer-
den durch die
Typogr.-Esperanto-Gruppe
Leipzig, „Volkshaus“
Zeltner Str. 82. [371]

Jeder Buchdrucker erlernt
die **Weltkultursprache**
IDO
ohne Lehrer aus dem Lehr-
buch für Arbeiter. Grund-
preis 1 M. Zu beziehen vom
Ido-Verlag A. Voigt, Leipzig,
Braustraße 23 III. Postscheck-
konto 4273. Weitere Aus-
kunft erteilt W. Fromm, Leipzig-
Döllitz, Crotzewitzstrasse 7.
Fornunterricht unent-
geltlich. Siehe Nr. 63 des
„Korrespondent“ S. 347, Lite-
rarisches S. 347. [376]

Zu kaufen gesucht!
Ein Satz Schachtypen für
Schachpatte in Tageszeitung.
Angebote an E. Werner,
Leipzig, Mülkauer Str. 63 III.

Verbandsnadeln + Buch-
druckerband Ver. d. Bild.-Verb.
Leipzig, Salomonstraße 8 III.
Am 6. September ver-
schied nach längerem
Leiden unser liebes Mit-
glied, der Echer
Georg Löhre
aus Kopenhagen, im
Alter von 64 Jahren.
Seine rege Anteil-
nahme am Vereinsleben
wie seine Tätigkeit im
Interesse der Kollegen-
schaft sichern ihm ein
dauerndes Andenken.
Die Mitgliedschaft
Wärzburg.